

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1979

Linz 1980

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Abkürzungen	7
Verzeichnis der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Erwin M. Ruprechtsberger (Linz):	
Ein Inschriftstein mit Nennung der cohors II Batavorum aus Linz.	
Militärische Zeugnisse aus Linz	11
(Bildtafeln I und II)	
Herbert Pexa (Wien):	
Peter von der Linden. Vom Linzer Bürger zum geadelten Gutsbesitzer	
in Böhmen und Stifter des Klosters Forbes (Borovany)	21
Anna Sucheni—Grabowska (Warschau):	
Zu den Beziehungen zwischen den Jagiellonen und den Habsburgern.	
Katharina von Österreich, die dritte Gemahlin des Königs Sigismund	
August. Ein Forschungsbeitrag	59
Manfred Brandl (Steyregg):	
Joseph Valentin Eybel (1741—1805). Landrat und Regierungsrat	
in Linz in Berichten der Wiener Nuntiatur	101
Jiří Záhoda (Krumau):	
Aus den Tagebüchern des Ing. Josef Langweil	123
Emil Puffer (Linz):	
Die Gemeindevertretung von Urfahr	139
(Bildtafeln III—XXII)	
Kurt Tweraser (Fayetteville):	
Der Linzer Gemeinderat 1880—1914. Glanz und Elend	
bürgerlicher Herrschaft	293
Nachruf Max Neweklowsky (Wilhelm Rausch)	343
(Bildtafel XXIII)	
Buchbesprechungen	347

KURT TWERASER

DER LINZER GEMEINDERAT 1880 — 1914

GLANZ UND ELENDE BÜRGERLICHER HERRSCHAFT

Der Verfasser legt hiermit den ersten Teil einer auf drei Abschnitte angelegten vergleichenden Studie des Linzer Gemeinderates vor. Der erste Abschnitt behandelt die Periode bürgerlicher Herrschaft, die folgenden Perioden sozialdemokratischer Herrschaft vor dem Ständestaat und nach dem zweiten Weltkrieg. An Hand einer Analyse der sich politisch und soziologisch verändernden Zusammensetzung des Gemeinderates soll die Entwicklung des sozialen und politischen Gefüges der Stadt erhellt werden. Die Gesamtkonzeption der Studie kann in vier Hypothesen erfaßt werden.

1. Wirtschaftliches Geschehen bestimmt die strukturelle Entwicklung der Stadt und wird in der sozio-ökonomischen Struktur des Gemeinderates reflektiert.
2. Die Art und Weise, in der sich wirtschaftliches, soziales, geistiges, rechtliches und kulturelles Geschehen im Zuge der politischen Willensbildung in politische Aktion umsetzt, spiegelt sich in der Struktur des Gemeinderates wider.
3. Die Entwicklung der Stadt kann nicht als isoliertes Phänomenon betrachtet, sondern muß in den Rahmen der allgemeinen österreichischen Entwicklung hineingestellt werden.
4. Die Transformation der beruflichen Komposition des Gemeinderates ist ein Indiz für die erfolgreiche Adaptation des politischen Systems an den säkularen Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Massenzeitalters.

Der erste Abschnitt besteht aus zwei Hauptteilen, einer Analyse der politischen Kräfte und einer soziologischen Analyse. Es wurden die Gemeinderäte der Jahre 1880, 1885, 1890, 1895, 1900, 1905 und 1913 einer Analyse unterzogen. Der Gemeinderat von 1880 schien ein nützlicher Ausgangspunkt, da der Fortschritt noch unumschränkt an der Macht war, sich aber bereits seine Herausforderung durch die in ihren Anfängen steckenden antiliberalen Kräfte abzuzeichnen beginnt. Die technischen Haupt-

probleme bei der Untersuchung der politischen Kräfte waren die Identifizierung der Gemeinderäte nach parteipolitischer Gesinnung und das Fehlen solider Vorarbeiten partei- und vereinsgeschichtlicher Natur für diese Periode.

Der zweite Hauptteil ist das Ergebnis einer empirischen Aufarbeitung sozialstatistischer Daten nach folgenden Merkmalen: Alter, Religionszugehörigkeit, geographische Herkunft, Schulbildung, ausgeübter Beruf und Schichtenzugehörigkeit. Die Untersuchung stützte sich vor allem auf biographische Materialien in der Mandatarskartei des Linzer Stadtarchivs, dessen damaligem Leiter, Herrn Dr. Wilhelm Rausch, der Verfasser Dank für seine Hilfe ausspricht. Gestützt auf die Bestände des Archivs, wurde für jeden Gemeinderat ein biographisches Datengerüst durch Kodifizierung der Daten und deren Übertragung auf Zählkarten für weitere Behandlung durch den Computer aufgestellt.

Die Probleme der Kodifizierung der Sozialdaten waren für diese Periode zahlreich. Abgesehen davon, daß kein Kodifikationsschema perfekt ist, waren auch die Daten nicht immer vollständig oder ohne Widerspruch. Ein gewisser Grad des Lesens „zwischen den Zeilen“ war unumgänglich, um einzelnen Gemeinderäten eine plausible Klassifizierung zu geben. Das spekulative Element in dieser Verdichtung des Rohmaterials in einer quantitativen Analyse konnte bei allem Bemühen nicht ausgeschaltet werden. Es war schwierig genug, dem Computer von subjektiven Wertschätzungen nicht allzu verunreinigte Daten zu füttern. Die gewonnenen quantitativen Ergebnisse sprechen aber nicht für sich selbst, sondern müssen in Sprache übersetzt, d. h. interpretiert werden. Ein Urteil, ob dem Verfasser das richtige Maß zwischen Über- und Unterinterpretierung gelungen ist, muß dem Leser überlassen bleiben.

DIE POLITISCHEN KRÄFTE

Bevor wir uns einer Diskussion der politischen Kräfte im Linzer Gemeinderat vor dem ersten Weltkrieg zuwenden, ist es angebracht, einige Bemerkungen über den konstitutionellen Rahmen, in dem sich die Linzer Politik abspielte, vorzuschicken.¹

Grundlegend für die Gemeindepolitik waren das Provisorische Gemeindegesetz von 1849, das das Dreiklassenwahlrecht auf Grund des Steuerzensus einführte und in den Städten das dem Zentralismus zuneigende höhere Bürgertum begünstigte, dann nach einer neoabsolutistischen Periode der Unterdrückung gemeindlicher Autonomie, die Gesetze,

die nach der Erneuerung des konstitutionellen Regimes in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine definitive Gestaltung der Lokalverwaltung des bürgerlichen Cisleithaniens brachten, vor allem das Reichsgemeindegesetz von 1862, das die Gemeindefreiheit wieder einführte und die Vormachtstellung der vermögenden bürgerlichen Schichten festigte und unter anderem den Landtagen die Kompetenz gab, Gemeindestatute zu erlassen. Ausgangspunkt für unsere Zwecke ist daher das Gemeindestatut vom 4. Februar 1867.²

Auch auf Gemeindeebene sind Verfassungsfragen Machtfragen. Viele Aspekte der parteipolitischen Entwicklung in Linz sind kaum verständlich ohne Berücksichtigung der verzögerten verfassungsrechtlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte der Monarchie. Dies kommt speziell im Gemeindewahlrecht zum Ausdruck, das die Interessen jener sicherte, die höhere Steuern entrichteten oder höhere Bildung aufwiesen und das damit proletarische und proletaroiden Schichten der Bevölkerung von der Teilnahme an der Gemeindeselbstverwaltung ausschloß. Wer direkte Steuern zahlte oder höhere Bildung besaß, war politisch reif, und da im allgemeinen nur die Bourgeoisie direkte Steuern bezahlte oder sich eine höhere Bildung leisten konnte, war im Rahmen der Stadtpolitik das Gemeindewahlrecht ein Instrument bürgerlicher Herrschaft. Die Aktivierung der Selbstverwaltung brachte daher den vermögenden städtischen Schichten eine begünstigte Stellung, die in der Form eines fast unverhüllt plutookratischen Kurienwahlrechts auf Stadtebene bis zur Revolution von 1918 aufrechterhalten wurde.

Im Jahre 1880, dem Jahr, das wir einigermaßen willkürlich zum Ausgangspunkt unserer Analyse der parteipolitischen Struktur des Gemeinderates machen, bestand er aus 36 Gemeinderäten, die für drei Jahre gewählt wurden. Ein Drittel der Gemeinderäte mußte alljährlich ausscheiden, eine Wiederwahl war jedoch möglich. Der Bürgermeister und zwei Vizebürgermeister wurden vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt. Nur der Bürgermeister erhielt Funktionsgebühren, für den Rest der Gemeinderäte war die Tätigkeit unentgeltlich, was natürlich bewirkte, daß nur Begüterte es sich leisten konnten, ohne finanzielle Verluste Gemeinderat zu sein.

Der Einfluß der qualifizierten Zensuswähler war abgestuft nach der Höhe der geleisteten direkten Steuern. Um für den I. Wahlkörper qualifiziert zu sein, war ein Mindeststeuerbetrag von 200 Gulden nötig, die Einreihung in die II. Kurie war von einer Steuerleistung von jährlich 50 bis 199 Gulden abhängig, die Einteilung in die III. Kurie von einem Mindest-

steuerbetrag von fünf Gulden für Gebäude und Grundstücke, zehn Gulden für anderes Einkommen. Jeder Wahlkörper besetzte ungeachtet der Wähleranzahl ein Drittel der Sitze. Nicht vom Steuerzensus betroffen waren Staatsbeamte und andere Honoratioren, wie Seelsorger, pensionierte Offiziere, Doktoren, Professoren und Lehrer. Das passive Wahlrecht hatten alle, die das 30. Lebensjahr zurückgelegt hatten und das aktive Wahlrecht besaßen.

Dieses Kurienwahlsystem erlaubte es nun einer schmalen Gruppe von aktiven Notablen, den Gemeinderat erfolgreich zu dominieren. Die Möglichkeit oligarchischer Regierung wurde weiter durch eine Bestimmung erhöht, die es den Kandidaten erlaubte, in allen drei Kurien aufgestellt zu werden und weiters durch die Bestimmung, wonach zuerst der III. Wahlkörper, an einem anderen Tag der II. und schließlich der I. wählte. Ein Kandidat, der in der II. oder III. Kurie durchgefallen war, konnte daher in der I. Kurie gewählt werden. Weitere Eigenheiten des Wahlsystems, die es besonders den Arbeitern erschwerte zu wählen, war die Abhaltung der Wahlen an Wochentagen und die Behandlung der Stadt als einem einzigen Wahlbezirk.

Bis 1904 erfolgten keine bedeutenden Veränderungen des Wahlrechts, so daß die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft sich nicht wesentlich änderte. Das Statut des Jahres 1884 führte zwar die Fünfguldenmänner ein, was eine gewisse Erleichterung für das Kleingewerbe bedeutete, aber unselbständige Handwerker und Arbeiter waren noch immer vom Wahlrecht ausgeschlossen.³ Das Ringen um Machtpositionen im Gemeinderat stellte sich im wesentlichen als eine Auseinandersetzung zwischen einzelnen Gruppen des mittleren und gehobeneren Bürgertums dar, nicht als Kampf zwischen Klassen. Erst die Reichsratswahlreform 1896, die die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle männlichen Staatsbürger über 24 Jahre brachte — allerdings unter Beibehaltung des Kurienwahlrechts —, verstärkte auch im oberösterreichischen Landtag Bestrebungen, eine Kurie des allgemeinen Wahlrechtes für den Gemeinderat zu schaffen. Im Statut von 1904 wurden unter Beibehaltung der bisherigen drei Wahlkörper alle anderen Wahlberechtigten in einem IV. Wahlkörper vereinigt. Nunmehr waren nur Personen, die eine Armenversorgung genossen, aktive Offiziere und natürlich Frauen vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen. Die Wähler der ersten drei Kurien waren auch in der IV. Kurie wahlberechtigt. Dazu kamen dann noch die Wähler, deren Wahlrecht nicht auf der Steuerleistung beruhte. Diese IV. Kurie erhielt auch zwölf Mandate zugewiesen, so daß nunmehr der Gemeinderat 48 Sitze hatte.⁴

Die Novellierung des Wahlrechts brachte jedoch keine echte Demokratisierung der Gemeindewahlen mit sich. Auch eine spätere Novellierung — ab den Gemeindewahlen des Jahres 1909 wurde im III. und IV. Wahlkörper anstelle des Mehrheitswahlrechts das Proportionalwahlrecht eingeführt — änderte an der schwachen Stellung der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Elementen nichts.⁵ Die Reichsratswahlreform von 1907, die im selben Jahr zu einem Triumph für die Sozialdemokratie im Linzer Raum führte — die Sozialdemokraten siegten über die Kandidaten der Deutschen Volkspartei in allen drei Linzer Wahlkreisen —, hatte endgültig den Gegensatz zwischen der tatsächlichen Verteilung der politischen und sozialen Kräfte in Linz und der parteipolitischen Struktur im Gemeinderat offenbart. Die Gemeindevertretung blieb von bürgerlichen Parteien beherrscht, deren Einfluß sowohl auf gesamtstaatlicher wie auch auf Landesebene sichtlich von anderen Parteien überschattet wurde. Es bedurfte der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts im Jahre 1919, um die parteipolitische Struktur des Gemeinderates der tatsächlichen politischen und sozialen Struktur anzupassen. Bis 1918 jedoch war der Verfassungsrahmen, in dem die politischen Parteien zu funktionieren hatten, der rechtliche Ausdruck einer bürgerlich bestimmten soziopolitischen und ideologischen Konstellation.

Die folgende Behandlung der parteipolitischen Struktur des Gemeinderates ist mangels einer handfesten und verlässlichen Parteiengeschichte für Linz und Oberösterreich notwendigerweise skizzenhaft.⁶ Da die Parteien in Linz durch zahlreiche personelle und organisatorische Verflechtungen nicht nur lokale, sondern auch regionale und gesamtstaatliche Erscheinungen waren, konnte in der Darstellung lokaler Vorgänge auf gelegentliche Hinweise zur Parteienentwicklung auf Landes- und gesamtstaatlicher Ebene nicht verzichtet werden. Überhaupt kann ja die Entwicklung der Stadt nicht als isoliertes Phänomen betrachtet, sondern muß in den Rahmen der allgemeinen staatlichen Entwicklung hineingestellt werden.

Die gesetzliche Neuregelung des Gemeindewahlrechts im Jahre 1919 beschleunigte politisch eine Entwicklung, die in ihren Anfängen auf die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zurückzuführen ist. Die, wenn auch zögernd fortschreitende, Demokratisierung des Wahlrechts leitete das Ende der alten, an die Vorherrschaft einer engeren privilegierten Honoratiorenschaft gebundenen Selbstverwaltung ein.⁷ Wie oben angeführt, war die Gemeindepolitik vor 1918 durch die führende Rolle des Mittel- und Großbürgertums gekennzeichnet, gegründet auf ein abgestuftes Wahlrecht. Die liberale Gemeindeverwaltung verstand sich selbst

als „unpolitisch“, war aber in Wirklichkeit eine sehr handfeste, durch das Wahlsystem abgesicherte „politische“ Vorherrschaft einer bestimmten Gesellschaftsschicht liberalen und nationalen Charakters. Diese Tendenz, Herrschaft als überparteiliche Wahrung des allgemeinen Interesses anzusehen, auch wenn sie deutliche Zeichen der Bindung an bestimmte gesellschaftliche Gruppen zeigt, ist zum Beispiel noch in Dr. Franz Dinghofer, Bürgermeister von 1907—1918, ersichtlich, der sich zeit seines Lebens mehr als Beamter denn als Politiker verstand.⁸

Als die Zahl der Teilnehmer am politischen Leben wuchs, ergaben sich organisatorische Bedürfnisse, denen Massenparteien auf die Dauer besser entsprechen konnten als die lockeren Wahlausschüsse und Vereine, die im 19. Jahrhundert eine Art politische Plattform bildeten. Im Zuge der Organisierung der Wählerinteressen durch politische Massenparteien wurde politischer Streit Parteienstreit. Diese Entwicklung begann auf gesamtstaatlicher Ebene, aber Ähnliches wird auch auf regionaler und lokaler Ebene sichtbar. Linz war keine Ausnahme in diesem Prozeß der zunehmenden Politisierung der Wählermassen. Zwischen den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und dem ersten Weltkrieg etablierten sich die politischen Parteien allmählich in der städtischen Politik. Diese Transformation von lokaler Politik zur lokalen Parteipolitik erfolgte durch Druck von oben wie auch von unten.⁹

Die Forderungen der Wähler nach kommunalen Reformen wurden von den politischen Parteien aufgegriffen. In Österreich war es zuerst der gewerbliche Mittelstand, der sich von der industriellen Entwicklung bedroht fühlte, und dann die Arbeiterklasse mit einer Anzahl sozialer und wirtschaftlicher Probleme, die durch straff organisierte Parteien hofften, Einfluß auf die lokale Verwaltung durch Entsendung ihrer Vertrauensleute in den Gemeinderat zu erlangen. Parallelen sind auf gesamtstaatlicher Ebene ersichtlich, und ähnliche Wertvorstellungen, die auf lokaler wie auf gesamtstaatlicher Ebene bestanden, führten zu einer Fusion von nationaler und lokaler Politik.

Die Lokalparteien fanden es nützlich, ihre Wahlkämpfe unter dem Banner der gesamtstaatlichen Parteien auszufechten. Die gesamtstaatlichen Parteien fanden es opportun, sich auf lokaler Ebene zu etablieren, um so das lokale Wählerpotential besser für die nationalen Wahlen mobilisieren zu können. Der Druck von oben wie von unten war am stärksten bei den Sozialdemokraten ausgeprägt, war auch evident bei den Katholisch-konservativen bzw. Christlichsozialen, blieb aber unterentwickelt bei den verschiedenen liberalen und deutschnationalen Gruppierungen, die weder

auf gesamtstaatlicher noch auf lokaler Ebene imstande waren, eine Groß- und Massenpartei zu entwickeln.¹⁰

Der Linzer Gemeinderat der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts war im obigen Sinne noch „unpolitisch“. Die Gemeindepolitik war gekennzeichnet durch die konstante Vorherrschaft einer gesellschaftlichen Schicht, die sich vorwiegend als Vertreter des freisinnigen und nationalen Bürgertums verstand. Innerhalb der dominanten Schicht gab es zwar Differenzierungen der politischen Gesinnung, aber Liberaler oder Fortschrittler zu sein, bedeutete im Linzer Kontext weniger einer politischen Partei anzugehören, als eine geistige Haltung einzunehmen. Teil dieser geistigen Haltung war das Ideal des freien Mandats, das die Unterordnung unter eine Parteioligarchie ausschloß, damit den Aufbau einer straffen Parteiorganisation, die der aufkommenden massengesellschaftlichen Realität Rechnung getragen hätte, erschwerte und die lose Honorationenstruktur perpetuierte. Die bevorzugte Organisationsform war nicht die Massenpartei, sondern der Klub, das Komitee oder bestenfalls der Verein.

Wir können annehmen, daß die Liberalen im Linzer Gemeinderat verschiedenen Gesinnungsströmungen angehörten. Die Zugehörigkeit zu einer speziellen Richtung läßt sich in den wichtigsten Fällen einigermaßen klar nachweisen.¹¹ Nimmt man die Aufspaltung der Verfassungspartei auf gesamtstaatlicher Ebene in den Klub der Linken, das linke Zentrum und den Fortschrittsklub als Ausgangspunkt, so sind im Gemeinderat mit Dr. Adolf Dürrnberger (RR 1873—79), Dr. Max Edlbacher (LT 1867—84, RR 1870—82), und zeitweise auch Eduard Saxinger (RR 1872—78, im Fortschrittsklub 1873, dann aber im Klub der Linken und 1878 im Neuen Fortschrittsklub) Männer des älteren Fortschritts führend vertreten.¹² Daneben saß mit Dr. Karl Wiser als Bürgermeister im Jahre 1880 (RR 1848—1849, 1861—63, LT 1861—80) noch ein Mann der „ersten Stunde“ im Gemeinderat, der vermutlich kein allzu großes Verständnis für die Überbetonung des Deutschtums seitens der Fortschrittler aufbrachte, dachte er doch als Altliberaler zuerst in freisinnigen und dann nationalen Kategorien.

Von den Gemeinderäten, die im Liberal-Politischen Verein, der Parteiorganisation der Liberalen, eine große Rolle spielten, ist vor allem Doktor Franz Edler von Benak (Obmann 1879—87) zu nennen, der dem älteren Fortschritt zuzurechnen ist. Wir finden aber in Dr. Emmerich Hocke einen Liberalen, der die Deutschtümelei der radikalen späteren Deutschnationalen vorwegnahm.¹³ Formal gesehen, arbeiteten jedoch überhitzte Deutschnationale noch innerhalb des Liberal-Politischen Ver-

eins und traten im Gemeinderat als Liberale auf.¹⁴ Dr. Hermann Vielguth (RR 1885–96, VB 1881–93) war älterer Fortschrittler und auch Johann Evangelist Wimbölzel, Präsident der Handelskammer von 1878 bis 1900, Bürgermeister von 1885 bis 1894, im Landtag von 1878 bis 1900 und im Reichsrat von 1894 bis 1900, war ein Mann des älteren Fortschritts.¹⁵ Die Wortführer des Liberalismus waren die Anhänger des älteren Fortschritts.

Der Hauptunterschied zwischen Altliberalen und Fortschrittlichen lag in der Betonung des Deutschtums. Die Fortschrittler waren zuerst national und dann liberal. Die Wahrung der nationalen Rechte der Deutschen wurde als oberste Aufgabe betrachtet. Die Deutschen, führte Dr. Dürrnberger 1880 aus, hätten einen wohlbegründeten historischen Anspruch auf eine gewisse Bevorzugung, weil ihnen die geschichtliche Entwicklung seit Jahrhunderten die staatenbildende Rolle in diesem Reich zugewiesen hat.¹⁶

Wir haben es hier mit Akzenten zu tun, nicht mit einem einfachen Entweder-Oder. Die Fortschrittlichen waren nicht gegen die freiheitlichen Errungenschaften des Liberalismus, die Altliberalen wie Karl Wiser waren nicht gegen die Vorherrschaft der Deutschen in der Monarchie. Die Fortschrittler wie Dürrnberger waren durchaus bereit, die Prinzipien des Freisinns zu verteidigen, allerdings neigten sie dazu, die Nationalität über die Freiheit zu stellen. Der altliberale Führungsanspruch für die Deutschen schloß Toleranz gegenüber anderen Nationalitäten nicht aus. Für unsere Zwecke bedeutet die Führung der Fortschrittler innerhalb der liberalen politischen Richtung, daß wir es mit einem Gemeinderat zu tun haben, der bereits betont national war.

Wer beherrschte nun die einzelnen Wahlkörper im Gemeinderat? Die nachstehende Tabelle läßt an der Dominanz der Liberalen im eminent plutokratischen I. Wahlkörper keinen Zweifel. Das Gleiche kann vom II., dem „Intelligenz“-Wahlkörper, behauptet werden, in dem die liberalen Advokaten und hohen Beamten überwogen. Die Wahlkörper I und II waren somit die Domäne von Besitz und Bildung. Der III. Wahlkörper wurde jedoch von den Katholisch-Konservativen beherrscht.

Die Überlegenheit der Katholisch-Konservativen in der III. Kurie reflektiert den Niedergang des Liberalismus. Bereits 1877 hatte im III. Wahlkörper eine konservative und wirtschaftliche Partei mit drei Bewerbern kandidiert, die alle gewählt wurden (Johann Doppler, Doktor Josef Födinger und Josef Horner). 1878 wurden zum erstenmal Mitglieder der Handelskammer als Kandidaten der Katholisch-Konservativen

Tabelle 1. Verteilung der Gemeinderatsmandate 1880 nach politischer Zuordnung*

Politische Gesinnung	Wahlkörper			Insgesamt
	I	II	III	
Liberal	5	7	—	12
Liberal?	6	5	1	12
Katholisch-Konservativ	—	—	9	9
Unbekannt	1	—	2	3
	12	12	12	36

Partei in den oberösterreichischen Landtag gewählt.¹⁷ Die politische Basis des Liberalismus wurde zusehends schmaler. Der Liberal-Politische Verein verlor Mitglieder.¹⁸ Die politische Krise war eng verknüpft mit der wirtschaftlichen Lage. Die wirtschaftliche Orientierung des gewerblichen Mittelstandes und des Bauernstandes führte zu einem Übergewicht ökonomischer Interessen über politische Ideen. Den Parteien war die Erhaltung einer starken Position nur durch den Rückhalt breiter, geschlossener Interessenorganisationen möglich. Aber der Liberalismus hatte keine eindeutige Interessenbasis, speziell nicht bei dem im städtischen Bereich so wichtigen gewerblichen Mittelstand. Im Liberalismus selbst führte — wie oben bereits bemerkt — das Drängen nach stärkerer Betonung deutschnationaler Interessen zuerst auf gesamtstaatlicher Ebene zu Spaltungserscheinungen. Sie strahlten aber dann auf den Lokal- und Regionalliberalismus zurück.

Von den Parteien dieser Epoche hatten die Katholisch-Konservativen mit dem Katholischen Volksverein die schlagkräftigste Organisation und das größte Potential, sich zur Massenpartei zu entwickeln.¹⁹ Während der Katholische Volksverein auf dem Lande fast uneingeschränkt triumphierte — reflektiert in den Landtagswahlen 1884, welche die langen Jahre klerikal-konservativer Dominanz im oberösterreichischen Landtag einleiteten —, erwuchs den Liberalen in Linz der größte Gegner nicht in den Katholisch-Konservativen, sondern in einer Kombination von jungen, aggressiven betont Deutschnationalen mit antisemitischen gewerblichen Interessen, die Männer der „schärferen Tonart“ waren.

* In der Frage der Zuordnung sind wir folgendermaßen vorgegangen: Den Liberalen und Katholisch-Konservativen ohne Fragezeichen wurden Mandatare zugeordnet, bei denen eine klare Evidenz durch organisatorische Mitgliedschaft gegeben war. Liberale und Katholisch-Konservative mit Fragezeichen waren Mandatare, bei denen keine klare Evidenz vorlag, sie den Katholisch-Konservativen bzw. den Liberalen zuzuzählen, gewisse Materialien in der Mandatarskartei aber Vermutungen erlaubten. „Unbekannt“ wurde benutzt, wenn es absolut unmöglich war, eine Zuordnung vorzunehmen.

Gewiß muß die Krise des Liberalismus im Zusammenhang mit seiner Unfähigkeit, eine straffe Parteiorganisation zu bilden, gesehen werden. Aber diese Unfähigkeit impliziert eine andere: die Unfähigkeit, das Problem der Führungsauslese durch Ausbildung einer festen parteipolitischen Basis mit hauptamtlich tätigen Berufspolitikern zu lösen.²⁰ Im Liberalismus offenbarte sich diese Unfähigkeit auch als ein Problem der Beziehung zwischen Vätern und Söhnen.²¹ Zwar waren die älteren Fortschrittler, welche die Männer der „ersten Stunde“ abgelöst hatten, für eine kraftvollere Vertretung des nationalen Gedankens. Mit fortschreitender Radikalisierung der cisleithanischen Nationalitätenpolitik unter Graf Taaffes „Eisernem Ring“ erfolgten auch in Linz erhebliche Schwerpunktverschiebungen zwischen Freisinn und Nationalismus.²²

Der betonte Nationalismus orientierte sich zunächst an gesamtstaatlichen Ereignissen. Man befürchtete eine Majorisierung der Deutschen durch die Slawen. Jede Vergrößerung slawischen Einflusses wurde als eine Herausforderung empfunden. Die Forderung, daß die deutsche Sprache Staatssprache werden mußte, wurde auch in Linz unterstützt.²³ Eifrig wurde auch hier an der sprachlichen Grenzverteidigung teilgenommen, besonders im Deutschen Schulverein, der zuerst von den Liberalen und später von den Deutschnationalen dominiert wurde.²⁴

Wodurch unterschieden sich die betont nationalen Väter von ihren betont nationalen Söhnen? Die hauptsächlichen Unterschiede lagen in einem romantisch-emotionalen politischen Stil, der mit seiner Betonung des Gefühlsmäßigen in der Politik den gemäßigten rationalen aber auch blutleeren Diskursen der Fortschrittler in der über den Nationalismus hinausgehenden Beschäftigung mit der sozialen Frage und in der Stellung zum Antisemitismus diametral entgegengesetzt war. Getragen wurde diese Bewegung auch in Linz von einer Gruppe junger Advokaten, die in ihrer Mittel- und Hochschulzeit radikalisiert und entfremdet vom leidenschaftslosen und phantasielosen Liberalismus der Väter, sich als Bannerträger der Ideen verstanden und ihre programmatische Formulierung im Linzer Programm von 1882 fanden. Sie hatten enge Verbindungen mit Georg v. Schönerer und huldigten über die ursprünglichen Ideen des Linzer Programms hinausgehend, einem fanatischen Rassenantisemitismus.²⁵

Der bedeutendste Kopf dieser Gruppe junger aggressiver Schönerianer war Dr. Karl Beurle.²⁶ Seit 1883 in Linz, wurde er bald politisch tätig, zuerst im Deutschen Club, dann aber auch im Liberal-Politischen Verein, in dessen Ausschuß er 1885 gewählt wurde.

Parteipolitisch machten die Fortschrittler im Jahr 1885 einen ver zweifelten Versuch, sich der allgemeinen innenpolitischen Entwicklung auch satzungsgemäß anzupassen. Der Liberal-Politische Verein wurde in den Deutschen Verein umgetauft.²⁷ Waren die ersten Programmpunkte des Liberal-Politischen Vereins noch Förderung des Fortschritts und der verfassungsmäßigen Freiheiten gewesen, so war das zentrale Anliegen des Deutschen Vereins die Erhaltung des deutschen Besitzstandes. Die nationale Idee hatte den Freisinn in den Hintergrund gedrängt.²⁸ Das neue Programm des Deutschen Vereins zeigte eine verdächtige Ähnlichkeit mit dem Linzer Programm von 1882, was auf den zunehmenden Einfluß der Beurle-Gruppe schließen läßt.

Die Situation fortschrittlicher Unsicherheit gab im Jahre 1886 den von Beurle geführten jungen Schönerianern eine Gelegenheit, den Deutschen Verein in ein deutsch-nationales Kampfinstrument umzugestalten. In den Reaktionen zu den innenpolitischen Ereignissen in Cisleithanien hatten sich die Unterschiede zwischen Fortschrittlichen und Deutschnationalen verwischt. Tatsächlich waren in der Nationalitätenfrage die Fortschrittler in Linz Deutschnationale. Der Unterschied lag in der Haltung zum Antisemitismus. Während die alten Fortschrittler durchaus bereit waren, mit den Vertretern der Deutschnationalen in nationalen, antiklerikalen und auch wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zusammenzuarbeiten, waren sie nicht willens, den Antisemitismus als ideologisches Prinzip für die Partei- und Vereinsbildung zu akzeptieren.²⁹

Die Deutschnationalen wiesen folgerichtig darauf hin, daß es nur ein kleiner Schritt von der Befehdung der slawischen Nationen zum Kampf gegen die Juden sei, wenn man in allen politischen Fragen in erster Linie auf das Gedeihen eines einzelnen Volksstammes Rücksicht nehme.³⁰ Wer A zur Mobilisierung des Fremdenhasses gegen die Tschechen sagt, müßte doch auch B zum Antisemitismus sagen. Die älteren Fortschrittler verschlossen sich dieser Logik und waren noch stark genug, den radi-

Tabelle 2. Verteilung der Gemeinderatsmandate 1890 nach politischer Zuordnung

Politische Gesinnung	Wahlkörper			Insgesamt
	I	II	III	
Liberal	6	5	3	14
Liberal?	5	6	4	15
Katholisch-Konservativ	—	—	2	2
Katholisch-Konservativ?	1	1	—	2
Unbekannt	—	—	3	3
	12	12	12	36

kalen Angriff auf den Freisinn abzuschlagen. Dr. Beurle trat mit seinen Gesinnungsgenossen aus dem Deutschen Verein aus und schritt 1888 zur Gründung einer eigenen Organisation, des Deutschnationalen Vereins für Oberösterreich und Salzburg, der das Instrument wurde, die Herrschaft des Fortschritts in Linz zu brechen.³¹ Bei den Ergänzungswahlen zum Gemeinderat 1889 gingen die Deutschnationalen sehr zum Mißvergnügen einiger ihrer Anhänger ein Wahlbündnis mit den Katholisch-Konservativen ein, das aber keinen Erfolg zeitigte.³² Weitere Versuche der Konservativen, die Deutschnationalen zu einer engeren parteipolitischen Bindung zu verlocken, schlugen fehl.³³

Im Gemeinderat verstärkte sich zunächst die fortschrittliche Herrschaft mit dem relativen Zurückgehen des konservativ-katholischen Einflusses im III. Wahlkörper. Der erste Durchbruch gelang den Deutschnationalen bei den Landtagswahlen 1890. Die Liberalen verloren das Mandat der Stadt Linz an Dr. Beurle, der mit den Stimmen der Katholisch-Konservativen und auch so mancher Fortschrittler den Fortschrittskandidaten Eduard Reihl schlug.

Trotz aller Versuche der Liberalen, sich besser zu organisieren, schien der Triumph der Deutschnationalen nur eine Frage der Zeit. Die Vertreter des älteren Fortschritts waren entweder gestorben oder hatten sich aus dem politischen Leben zurückgezogen. Die jüngeren Fortschrittler waren nicht abgeneigt, sich mit den Deutschnationalen zu arrangieren. War der ältere Fortschritt grundsätzlich judenfreundlich eingestellt, nahm es der jüngere Fortschritt mit seinen freisinnigen Grundsätzen nicht mehr so genau und war nicht mehr bereit, die Stellung zum Antisemitismus als eine Grundsatzfrage zu betrachten. Wie Dr. Ernst Jäger, wohl der politisch begabteste Vertreter des jüngeren Fortschritts, feststellte, gäbe es mit nur einer Handvoll Juden im Lande und mit keinem einzigen Juden in irgendeinem Vertretungskörper in Linz und Oberösterreich weder einen vorherrschenden Einfluß des Judentums zu beseitigen noch jemand, der einen solchen Einfluß fördern würde.³⁴ Dazu muß bemerkt werden, daß der politische Maturierungsprozeß einige der führenden Deutschnationalen zu einer etwas gemäßigteren Haltung in bezug auf den Antisemitismus als politischer Waffe geführt hatte.³⁵

Auf Grund der im frühen Deutschnationalismus angelegten starken sozialpolitischen Impulse und natürlich auch aus wahltaktischen Gründen begannen sich die Deutschnationalen mit dem gewerblichen Mittelstand zu verbünden. Der gewerbliche Mittelstand wurde in den achtziger Jahren von allen Seiten umworben. Die vorsichtigen Schritte, mit denen

sich die Fortschrittler vom doktrinären Manchestertum entfernten, war dem gewerblichen Mittelstand nicht genug. Da waren den Gewerbetreibenden die mit ökonomischen oder Rassenantisemitismus durchzogenen zünftlerischen Versprechungen der Konservativen und Deutschnationalen schon eher willkommen. In dem im Jahre 1886 in Linz konstituierten Verband der Gewerbege nossenschaft gelang es augenscheinlich den Deutschnationalen unter der Führung Josef Böheims (GR 1895—1905, LT 1896—1908, RR 1897—1906) die Oberhand über jenen Teil der Verbandsmitglieder zu erringen, die den Katholisch-Konservativen oder noch den Fortschrittlern zuneigten.³⁶ Der gewerbliche Mittelstand wurde ein integraler Bestandteil der sich in den folgenden Jahren formierenden deutschnationalen Bewegung in Linz. In der Tat waren es seine Stimmen, die den Deutschnationalen den ersten Einbruch in den Gemeinderat ermöglichten. 1894 besiegte Gustav Eder, später erster deutschnationaler Bürgermeister von Linz, als Vertreter der Gewerbe partei den Fortschrittler Hermann Krackowizer in der III. Kurie. 1895 gelang es weiteren drei deutschnationalen Kandidaten (Dr. Carl Beurle, Josef Böheim, Johann Zellinger), im III. Wahlkörper Mandate zu erlangen.

Tabelle 3. Verteilung der Gemeinderatsmandate 1895 nach politischer Zuordnung

Politische Gesinnung	Wahlkörper			Insgesamt
	III	II	I	
Liberal	10	8	5	23
Liberal?	2	2	1	5
Deutschnational	—	—	4	4
Katholisch-Konservativ?	1	1	—	2
Unbekannt	—	1	1	2
	13	12	11	36

Für die Gemeinderats- und die Landtagswahlen des Jahres 1896 schlossen die Fortschrittspartei und die Deutschnationale bzw. Gewerbe partei Wahlbündnisse ab.³⁷ Im Gemeinderat erhöhte sich die Zahl der Deutschnationalen auf sechs, die Landtagswahlen brachten im Linzer Raum die Wahl von zwei Deutschnationalen (Dr. Carl Beurle und Josef Böheim) und des jüngeren Fortschrittlers Dr. Ernst Jäger, nunmehriger Obmann des Deutschen Vereins und eifriger Verfechter nicht nur des Wahlbündnisses, sondern der Vereinigung der beiden Parteien überhaupt.

Die Reichsratswahlen im März 1897 wurden von den Fortschrittlern in Linz als eine letzte Kraftprobe mit den Deutschnationalen betrachtet und es wurde daher von einem Wahlbündnis abgesehen. Der Fortschritts-

kandidat Gustav Bancalari (1894—96 Vorsitzender des Deutschen Vereins) verlor entscheidend. Linz entsandte die zwei Deutschnationalen Josef Böheim und Gustav Ritter von Pessler in den Reichsrat, die dem Klub der Deutschen Volkspartei beitraten. Die „Linzer Tagespost“, Stütze des Fortschritts, kommentierte dazu, daß mit dem Ausgang dieser Wahl die Wählerschaft von Linz den Deutschnationalen die Führung im Kampfe gegen den Klerikalismus übertragen habe und daß der fortschrittliche Geist eine neue Form gefunden hätte, die man akzeptieren müsse.³⁸

1897 war überhaupt ein gutes Jahr für die Deutschnationalen. Auch die Gemeinderatswahl brachte wiederum Erfolge. Es können nunmehr neun Gemeinderäte eindeutig als Deutschnationale identifiziert werden, davon vier in der II. Kurie und fünf in der III. Kurie. In diesem Jahr erfolgte auch die Gründung des Deutschen Volksvereins für Oberösterreich, zu dessen Obmann Dr. Carl Beurle gewählt wurde. Es war dies ein Versuch, alle freiheitlichen und nationalen Elemente unter einen organisatorischen Hut zu bringen.³⁹

Die Gemeinderatswahlen 1900 brachten dann den endgültigen Sieg der Deutschnationalen, die nunmehr mit Gustav Eder den Bürgermeister stellten. Die Deutsche Volkspartei — wie sich der Deutsche Volksverein als wahlwerbende Partei nannte — stellte vier Kandidaten auf, die alle

Tabelle 4. Verteilung der Gemeinderatsmandate 1900 nach politischer Zuordnung

Politische Gesinnung	Wahlkörper			Insgesamt
	I	II	III	
Liberal	8	4	1	13
Liberal?	3	1	—	4
Deutschnational	—	4	6	10
Deutschnational?	—	—	2	2
Katholisch-Konservativ	1	1	1	3
Unbekannt	—	2	2	4
	12	12	12	36

erfolgreich waren. Drei wurden von den Fortschrittlichen unterstützt, einer konnte sich gegen einen Fortschrittskandidaten (Ernst Heinrich gegen Matthias Schachermayr) behaupten. Gustav Eder wurde mit 32 von 35 Stimmen zum Bürgermeister gewählt, was auf eine Absprache zwischen Fortschrittlern und Deutschnationalen schließen läßt.⁴⁰ Daß die Machtstellung des Fortschritts noch immer beachtlich war, wird durch die Tatsache unterstrichen, daß er die zwei Vizebürgermeister stellte

(Matthias Poche und Dr. Franz Lampl). Im I. Wahlkörper konnte der Fortschritt seine Stellung halten, im II. sah er seine Position geschmälert. Die III. Kurie war eindeutig die Domäne der Deutschnationalen. Daraus kann man wohl schließen, daß die Chancen der Fortschrittler, gewählt zu werden, desto größer waren, je kleiner die Zahl der Wahlberechtigten war. Der Sieg der Deutschnationalen im III. Wahlkörper mit seiner weitaus größeren Zahl von Wahlberechtigten indiziert, daß es ihnen gelungen war, sich eine, wenn auch bescheidene Massenbasis im Kleinbürgertum zu schaffen.⁴¹

Interessant sind auch die Formen der politischen Zusammenarbeit zwischen den Parteien, die allerdings ein gewisses Mindestmaß an Parteidisziplin voraussetzt, die sich in Linz erst in den späten achtziger Jahren entwickelte. Zwischen den rivalisierenden Gruppen des nationalen Bürgertums entwickelte sich die Zusammenarbeit durch ad hoc gebildete Teilkoalitionen zuerst im III. Wahlkörper, dann auch im II. durch Aufstellung derselben Kandidaten bis hin zum formalen Bündnis im Jahre 1904 im Verband der deutsch und freiheitlich gesinnten Abgeordneten des oberösterreichischen Landtages auf Grund bindender Klubstatuten.⁴² Diese Entwicklung zum immer umfassenderen und formaleren Bündnis war ohne Zweifel auf die immer kleiner werdenden weltanschaulichen Differenzen der rivalisierenden Gruppen zurückzuführen.

Die Gemeinderatswahl 1905 brachte den Sozialdemokraten einen durchschlagenden Erfolg im neugeschaffenen IV. Wahlkörper.⁴³ Machtpolitisch gesehen, garantierten die zehn sozialdemokratischen Mandate aber keinen wirklichen Einfluß. Die Wahl von 1905 war ein Sieg der Deutschnationalen. Mit Dr. Fritz Ruckensteiner und Josef Helletzgruber (LT 1909—14) gelang ihnen der Einbruch in den I. Wahlkörper, mit Gustav Eder stellten sie den Bürgermeister, mit Dr. Franz Dinghofer den ersten Vizebürgermeister und nach einem Jahr mit Ing. Georg Eckl auch den zweiten Vizebürgermeister.⁴⁴ Die großen Verlierer waren die Fortschrittler, die ihr Heil nur mehr in engen Kooperationen mit den Deutschnationalen fanden.

Der Wegfall der Kurien in der Reichsratswahl 1907 brachte den Sozialdemokraten den Gewinn der drei Linzer Reichsratsmandate auf Kosten der Deutschnationalen, allerdings mit Wahlhilfe der Katholisch-Konservativen.⁴⁵ Im Gemeinderat konnten sie ihre Mandatszahl nur auf elf erhöhen, was deutlich demonstriert, wie weit die Arbeiterschaft durch das Kurienwahlrecht in ihren Möglichkeiten eingeschränkt war.

Tabelle 5. Verteilung der Gemeinderatsmandate 1905 nach politischer Zuordnung

Politische Gesinnung	Wahlkörper				Insgesamt
	I	II	III	IV	
Liberal	6	1	—	—	7
Liberal?	3	2	1	—	6
Deutschnational	2	9	4	—	15
Deutschnational?	—	—	5	2	7
Katholisch-Konservativ?	—	—	1	—	1
Sozialdemokraten	—	—	—	10	10
Unbekannt	1	—	1	—	2
	12	12	12	12	48

Betrachtet man die Stellung der Parteien zur Wahlrechtsreform, kann man allgemein feststellen, daß auch in Linz die „beati possidentes“ sie zum Spielball ihrer Besitzinteressen machten. Die Fortschrittler sahen grundsätzlich eine gewisse Berechtigung für die Forderung der unteren Klassen nach einer Erweiterung des Wahlrechts, aber in der Praxis hätte diese freisinnige Haltung den Verlust von Machtstellungen bedeutet. Die Folge war eine Politik der Prokrastination und der Halbheiten, durch die sie das allgemeine Wahlrecht wenigstens hinausschieben konnten. Hier, wie auch in der Gewerbe- und Sozialpolitik, hatten die Fortschrittler keine Geschwindigkeitsrekorde im Sinn und begründeten diese Haltung mit dem Argument, daß das Wahlrecht für die Massen und die Bildung der Massen Hand in Hand gehen müßten.

Gleichermaßen widersprüchlich war die Haltung der Deutschnationalen. Ausgehend vom Linzer Programm waren auch sie grundsätzlich für die Erweiterung des Wahlrechts. Mit zunehmender Eroberung der Machtpositionen hatten aber auch sie Hintergedanken über die politische Zweckmäßigkeit dieses im jugendlichen Überschwang eingenommenen Standpunktes. Zusehends machten sie ihre Haltung zur Wahlreform von ihrer machtpolitischen Lage in dem Vertretungskörper, der reformiert werden sollte, abhängig. So bekämpfte Dr. Beurle von 1895 an im Landtag die partielle Erweiterung des Kurienwahlrechts durch die Hinzufügung einer allgemeinen Kurie mit dem Argument, daß es unklug wäre, die Arbeiter in eine spezielle Kurie zu stecken, in der sie auf ewige Zeiten in den Händen ihrer jüdischen Agitatoren bleiben würden. 1901 war er gegen die Einführung einer Kurie des allgemeinen Wahlrechts, da dies nur den Klerikalen nützen würde, wie die Badenische Reichsratswahl gezeigt hätte. Er sprach sich auch gegen ein mechanisches, gleiches, lediglich auf der Bevölkerungsziffer aufgebautes Wahlrecht wegen der

Verschiedenheit des Bildungsgrades in den verschiedenen Gebietsteilen Österreichs aus. Steuerleistung und Kulturstand mußten berücksichtigt werden, damit die Alpenländer nicht unerhörte Einbußen an bisherigen Mandaten zugunsten der östlichen Kronländer, wie z. B. Galizien, erleiden würden.⁴⁶ In der großen Wahlrechtsdebatte des Jahres 1906 lehnte Beurle im Reichsrat das allgemeine gleiche Wahlrecht ab und bezeichnete das Pluralwahlrecht als notwendig, um Friktionen in den größeren Städten zu vermeiden. Das Kurienswahlrecht sei veraltet, aber Garantien wären für den deutschen Volksstamm nötig.⁴⁷

Auf gesamtstaatlicher Ebene galt es den Besitzstand der Deutschen zu bewahren, auf Landesebene durch Perpetuierung einer Sperrminorität die Klerikalen in Schach zu halten. Auf Gemeindeebene beriefen sich die Deutschnationalen unverhüllt auf ihre Besitzinteressen, um ihre Dominanz der Gemeindepolitik zu rechtfertigen. Dinghofer sprach für seine Gesinnungsgenossen, wenn er ausführte, daß derjenige, der mehr Steuern zahlte, auch ein Privilegienwahlrecht verdiene.⁴⁸

Bei den Reichsratswahlen 1907 hatte sich der Wegfall des bisher schützenden Kuriensystems katastrophal auf die Deutsche Volkspartei ausgewirkt, die fast die Hälfte ihrer Sitze verlor. Auf gesamtstaatlicher wie auch auf Landesebene kam es zu neuen Versuchen, eine parteimäßige Konzentration der Deutschnationalen aller Schattierungen mit Einschluß der kümmerlichen Reste des Fortschritts herbeizuführen, um Absplitterserscheinungen entgegenzuwirken. Ende 1908 fanden in Linz unter Führung Dr. Dinghofers Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei, der deutsch-radikalen Partei (Anhänger K. H. Wolfs), der Alldeutschen Partei und dem Verband der deutsch und freiheitlich gesinnten Abgeordneten des oberösterreichischen Landtages statt. Dies führte zur Umwandlung des Deutschen Volksvereins in eine neue Organisation, dem Deutschen Volksbund in Oberösterreich.⁴⁹ Die Fortschrittspartei unter Führung Dr. Jägers nahm als Teil des Verbandes der deutsch und freiheitlich gesinnten Abgeordneten an den Verhandlungen teil und ging im Deutschen Volksbund auf. Der fortschrittliche Deutsche Verein, der ja über ein Jahrzehnt nur mehr ein Schattendasein geführt hatte, wurde im Jahre 1909 de jure aufgelöst.⁵⁰

Die von den Deutschnationalen in der Frage der Wahlrechtsreform konzedierte Einführung des Proportionalwahlrechtes im III. und IV. Wahlkörper erlaubte es den Sozialdemokraten, im Jahre 1909 zum ersten Male einen Kandidaten im III. Wahlkörper durchzubringen (Eduard Euler), zu dem nach den Wahlen von 1911 ein weiterer Sozial-

demokrat stieß (Anton Weiguny). Diese Gewinne im III. Wahlkörper wurden aber durch Verluste oder zumindest Stagnation im IV. Wahlkörper ausgeglichen, in dem im Jahre 1911 sieben Sozialdemokraten, ein Christlichsozialer (Alois Brandl RR 1911—18) und drei Deutschnational-Fortschrittliche, darunter der Alldeutsche Sepp Melichar, saßen. Die Dominanz der Deutschnational-Fortschrittlichen verstärkte sich. Diese Tendenz spiegelt sich auch in den Reichsratswahlen vom Jahre 1911 wider, bei denen es in Linz den Deutschnational-Fortschrittlichen weitgehend gelang, ihre Verluste von 1907 auf Kosten der Sozialdemokraten wettzumachen. Dr. Franz Dinghofer und Andreas Beyer vom Deutschen Volksbund wurden in den Reichsrat entsandt, wogegen bei den Sozialdemokraten nur Anton Weiguny sein Mandat behaupten konnte.⁵¹

Die letzte unter dem Kurienwahlrecht abgehaltene Gemeinderatswahl von 1913 konfinierte die bürgerliche Herrschaft. Dr. Dinghofer wurde mit 32 von 45 Stimmen wiedergewählt, eine Stimme wurde für den Deutschnational-Fortschrittlichen Leopold Wessely abgegeben. Zwölf Stimmzettel waren leer, vermutlich die der Sozialdemokraten und der Christlichsozialen.⁵²

Zusammenfassend können wir die Entwicklung der parteipolitischen Struktur des Linzer Gemeinderates folgendermaßen charakterisieren: Um 1880 beherrschte der Fortschritt noch die Dreieinigkeit bürgerlicher Herrschaft, Handelskammer, Gemeinderat und Liberal-Politischer Verein. Aber wir haben es bereits mit einem müden Liberalismus zu tun, der die Abwertung des manchesterlichen Sozial- und Wirtschaftsdenkens akzeptiert hat, der in seinem freisinnigen Denken unsicher geworden ist und der sich anschickte, aus einer Partei des Fortschritts und des Zukunftsglaubens sich in eine Partei des ängstlichen Bewahrens der bestehenden Besitzverhältnisse zu verwandeln. Dieser Liberalismus ohne Vitalität wurde in den achtziger und neunziger Jahren in allen Bastionen von entschlossenen jungen, aggressiven Deutschnationalen und vom kleingewerblichen Mittelstand herausgefordert. In der Handelskammer konnten

Tabelle 6. Verteilung der Gemeinderatsmandate 1913 nach politischer Zuordnung

Politische Gesinnung	Wahlkörper				Insgesamt
	I	II	III	IV	
Deutschnational-Fortschrittliche	12	11	8	5	36
Christlichsoziale	—	—	2	2	4
Sozialdemokraten	—	—	3	5	8
	12	11	13	12	48

die Fortschrittler sich nur mit Mühe gegen den gewerblichen Mittelstand halten. Die parteipolitische Relevanz des Liberal-Politischen Vereins war im Vergehen, und zu Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Herrschaft des Fortschritts auch im Gemeinderat gebrochen. Der Erbe des Fortschritts war der Deutschnationalismus, sich antiliberal, antisemitisch und zunächst auch antikapitalistisch gebärdend, innerlich jedoch auch bereits konservativ geworden. Die Herrschaft der Deutschnationalen im Bündnis mit der verbliebenen Kümmerform des Fortschritts war letzten Endes auch darauf gerichtet, die Stadt im Sinne der Bewahrung des nationalbürgerlichen Besitzstandes zu regieren.

Zur Erklärung, warum sich Parteien, die organisatorisch gute Voraussetzungen aufwiesen, die soziale Realität der die bisherigen Ordnungsvorstellungen sprengenden modernen Massengesellschaft zu bewältigen, im Gemeinderat nicht durchsetzen konnten, muß man in erster Linie das Kurienwahlrecht heranziehen, das die nationalbürgerliche Herrschaft rechtlich absicherte.

Parteistruktur des Linzer Gemeinderates (in Prozent)

	1913	1919
Deutschnational-Fortschrittliche	75 (n = 36)	16,7 (n = 10)
Sozialdemokraten	16,7 (n = 8)	55 (n = 33)
Christlichsoziale	8,3 (n = 4)	28,3 (n = 17)

Die Sozialdemokraten hatten in Linz zwar nach jahrzehntelanger, durch behördliche Unterdrückung und interne Unstimmigkeiten verursachter Stagnation in den neunziger Jahren mit einer erfolgreichen politischen und gewerkschaftlichen Mobilisierung der Arbeiterklasse begonnen, wobei der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bei den unselbständigen Handwerkern lag.⁵³ Sie konnten aber ihre verstärkte Position nicht in Gemeinderatsmandaten ausdrücken, solange die Deutschnationalen und Fortschrittler nur Wahlrechtsreformen zustimmten, die ihnen zwar demokratische Gesinnung attestierten, aber auch ihre unumschränkte Herrschaft garantierten.⁵⁴ Nur die Beseitigung der Wählerklassen und damit die Beseitigung der Disproportionalität des Zensuswahlrechts hätte die ihrer Stärke entsprechende Mandatszahl ergeben, die bei den bereits unter entsprechenden rechtlichen Bedingungen abgehaltenen Reichsratswahlen von 1907 impliziert war. In den ersten unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts abgehaltenen Wahlen im Jahre 1919 errangen denn auch die Sozialdemokraten 33 der 60 Sitze, was eine Erhöhung der Mandate von 16,7 Prozent im Jahre 1913 auf 55 Prozent bedeutete. Unter

den gegebenen Verhältnissen wußten die Sozialdemokraten im Gemeinderat, daß ihre Angriffe auf das Honoratiorenregiment der Deutschnationalen zwar einen gewissen propagandistischen Erfolg, aber nicht mehr zeitigen konnte. Das rhetorische „Haxlbeißen“ eines Josef Dametz findet seine Erklärung in der Frustration dieser Situation.⁵⁵

Schwierig ist es, das schlechte Abschneiden der Katholisch-Konservativen bzw. nach 1907 der Christlichsozialen zu erklären, konnten sie sich doch auf eine relativ straffe und traditionsreiche Parteiorganisation, dem 1869 gegründeten Katholischen Volksverein, stützen. In der Kirche hatten sie den nötigen gesellschaftlichen Rückhalt und im Klerus ein politisches und organisatorisches Führungspotential zur Verfügung. Der Mangel an programmatischer Geschlossenheit und das Vorhandensein auseinanderstrebender Gruppierungen, wie Bauernschaft, Großgrundbesitz und gewerblicher Mittelstand, wurde wenigstens teilweise durch die Klammer des gemeinsamen Glaubens neutralisiert.⁵⁶ Die Katholisch-Konservativen brachten in Dr. Alfred Ebenhoch und Johann Nepomuk Hauser politische Talente ersten Ranges hervor. Nach beachtlichen Erfolgen zwischen 1877 und 1880, die in der III. Kurie Wahlberechtigten zu mobilisieren, erfolgte der Abstieg und die Stagnation der katholisch-konservativen Vertretung im Gemeinderat. Erst 1913 erreichte der politische Katholizismus in Form der Christlichsozialen wieder vier Mandate, d. i. 8,3 Prozent. Im Gegensatz dazu konnten sie in den Wahlen 1919 immerhin 17 von 60 Mandaten erobern, d. i. 28,3 Prozent.

Ein Teil der Erklärung liegt in der Ausrichtung katholisch-konservativer Energien auf die Landespolitik. Die Dominanz im Landtag war in Oberösterreich auf Grund der sozio-ökonomischen Lage nur mit Hilfe des bäuerlichen Standes möglich. Rein wahltaktisch gesehen, war es daher das Ziel der Katholisch-Konservativen, die Landgemeinden zu beherrschen, wo sie im liberal-deutschnationalen Bauernverein nur schwache Konkurrenz hatten, um im übrigen in den Städten den Sozialdemokraten Wahlhilfe zu leisten.

Ein zweiter Teil der Erklärung mag sein, daß in Linz der gewerbliche Mittelstand, ansonsten eines der Massenwahlreservoirs der Katholisch-Konservativen und Christlichsozialen, nur teilweise zum Antisemitismus und den zünftlerischen Visionen katholischer Prägung tendierte. Der radikalere Rassenantisemitismus und der scheinbare Antikapitalismus der Deutschnationalen waren im Linzer politischen Klima, gesättigt mit Antiklerikalismus und völkischem Nationalismus, attraktiver als katholische Habsburgertreue.

Ohne Zweifel erklärt das Privilegienwahlrecht die Macht der deutsch-national-fortschrittlichen bürgerlichen Minderheit. Im Jahre 1913 verfügten diese Kräfte über 36 von 48 Mandaten, d. i. 75 Prozent, 1919 erlangen sie zehn Mandate, d. i. 16,7 Prozent. Verantwortlich für das Hinnehmen dieser Lage war wohl auch das herrschende ideologische Klima. Linz war „überhitzt deutschnational“.⁵⁷ Wenn der Bürgermeister der Stadt, Dr. Dinghofer, eine Rede mit dem Ausruf schließt, „Es lebe die deutsche Wacht an der Donau, Heil!“, so läßt dies wenig Zweifel am ideologischen Tenor der Politik. In der Mobilisierung des Nationalhasses, die mit kräftiger Hilfe der Fortschrittler erfolgte, war der Freisinn das erste Opfer, vor allem wegen der Lauheit, mit der die jüngeren Fortschrittler ihre ideologischen Prinzipien verteidigten, und gleichzeitig ihrer Bereitwilligkeit, organisatorisch von den Deutschnationalen aufgesaugt zu werden. Die Gründe für diese Selbstaufgabe des Fortschritts waren neben überspitztem Nationalismus auch handfeste Besitzinteressen.

Für die Deutschnationalen, die nach ihrer Periode der radikalen Phrase zunehmend um ihren sozialen und ökonomischen „Besitzstand“ besorgt waren, offerierte sich der Antisemitismus als eine potente Waffe im Dienste der Bewahrung national-bürgerlicher Privilegien. Nur so erklärt sich der virulente Antisemitismus in einer Stadt, in der weder das ökonomische noch das Bildungswesen eine „jüdische Färbung“ hatten. Im Grunde bejahten die Deutschnationalen den Staat auf kapitalistischer Grundlage und standen trotz aller Bekenntnisse zum Schutz des gewerblichen Mittelstandes der Industrialisierung positiv gegenüber. Aber in ihrer Suche nach massenpolitischer Relevanz bedienten sie sich des Rassenantisemitismus und glaubten mit diesem Kampfmittel politischer Agitation eine Herrschaft national-bürgerlicher Natur perpetuieren zu können. Der Antisemitismus hat ja die überaus nützliche Eigenschaft, daß er eine Kritik an den gegebenen Verhältnissen ermöglicht, ohne deren reale Grundlagen in Frage zu stellen. Wer aber den „Geist“ des Kapitalismus verneinte, wurde nicht notwendigerweise ein Feind der Großindustrie. Von den wirtschaftspolitischen Ideen und der Praxis eines gereiften Dr. Beurle führte der Weg nicht zu einer agrarisch-zünftlerischen kleinstädtischen rückwärtsgewandten Gesellschaftsordnung, sondern eher zur VÖEST und den Stickstoffwerken, nicht zu Othmar Spann, sondern zu Walter Rathenau.⁵⁸

Das deutschnationale Bürgertum stand den Prinzipien des Parlamentarismus durchaus positiv gegenüber. Aber der Parlamentarismus, den die Deutschnationalen und auch die Fortschrittlichen bejahten, stand in

enger Verbindung mit ihrer Unfähigkeit, sich organisatorisch dem kommenden Massenzeitalter anzupassen. Diese Unfähigkeit wiederum stand in engem Zusammenhang mit ihrem Elitenbegriff. Die Organisationschwäche des nationalen „Lagers“ offenbarte sich in seiner heillosen Zersplitterung und in immer neuen schwächlichen Parteigründungen, die man wohl doch nur als Vereinsmeierei in etwas größerem Stile bezeichnen kann. Der Elitenbegriff orientierte sich nach wie vor am Honoratiorenregime des 19. Jahrhunderts, das auf dem Axiom der Unmündigkeit der unteren sozialen Schichten basierte.⁵⁹ Elitenbegriff, Organisationsschwäche und Privilegienwahlrecht bedingten einander.

Die Tragik der Fortschrittler bestand darin, daß sie, bedingt durch eine Wählerschaft von Besitz und Bildung, dem emotionalen Charakter der Politik des Massenzeitalters hilflos gegenüberstanden. Die Zusammensetzung der Wählerschaft machte den Klub mit beschränkter Mitgliedschaft zum organisatorischen Ideal. Parlamentarische Vertretungen wie der Gemeinderat waren ein Klub etwas größeren Stils, aber qualitativ gesehen dasselbe.

Auch für die Deutschnationalen war der Klub das organisatorische Gesetz, nach dem sie angetreten waren. Als Männer der „schärferen Tonart“, oder vielleicht besser gesagt der radikalen Phrase, versuchten sie die Welt des Kapitalismus, des Privilegienwahlrechts, des politischen Klubs mit den Mitteln massenpolitischer Agitation aufrechtzuerhalten. Die alte Maxime, daß die Mittel eine Tendenz haben, die Zwecke zu verschlingen, bewahrheitete sich auch hier. In den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts konnte die Führung der Großdeutschen Volkspartei als Nachfolgerin der deutschnationalen fortschrittlichen Gruppierungen die Massenabwanderung zum radikaleren Nationalsozialismus nicht verhindern. Die Großdeutschen wurden ein „Generalstab ohne Armee“.⁶⁰ Als Klub hatten sie begonnen, als Klub gingen sie zugrunde. Eine disziplinierte Massenpartei zu entwickeln, war den Deutschnationalen unmöglich, da auch bei ihnen die „Besitzinteressen“ und ihr im Grunde genommen liberaler Elitenbegriff die Ausdehnung der politischen Rechte auf sämtliche Staatsbürger nicht zuließ und sie diese Haltung mit zunehmender Polarisierung der Gesellschaft dem Konservativismus in die Arme trieb.⁶¹

DIE SOZIOLOGISCHE STRUKTUR DES GEMEINDERATES

Im vorangegangenen Abschnitt haben wir angenommen, daß die parteipolitische Struktur des Gemeinderates die allgemeine Machtstruktur der

Stadt widerspiegelt. Nunmehr gehen wir von der Annahme aus, daß die soziologische Struktur des Gemeinderates auch die gesamtstädtische Gesellschaftsordnung andeutet. Nachstehende Analysen sind daher ein Versuch, durch soziologische Einordnung der Gemeinderäte die Geschichte der Stadt von diesem Gesichtspunkt her aufzuhellen und einen Beitrag zur Untersuchung der Linzer Eliten zu leisten.⁶² Der soziale Hintergrund des Gemeinderates liefert überdies einen Einblick in die Art der politischen Rekrutierung der Parteien, in die innerparteilichen Machtkonstellationen und auch in die gesellschaftliche Verankerung der Parteien in der damaligen Zeit.

Die Annahme, daß der Gemeinderat die Sozialstruktur einer Stadt einigermaßen treu widerspiegelt, ist allerdings fragwürdig. Graue Eminenzen und Drahtzieher werden mit dieser Methode nicht erfaßt. Auch verfälscht das in der Periode geltende Wahlrecht die Korrelation zwischen Repräsentation im Gemeinderat und Sozialstruktur der Stadt. Die Frauen sind politisch gesehen ein machtloses Interesse und die Arbeiter stark unterrepräsentiert. Wir glauben aber, daß in bezug auf die Machtstruktur die Vertretung im Gemeinderat als Index des Elitenstatus verwertbar ist, weniger weil das Gemeinderatsmandat selbst Macht verleiht, sondern vielmehr, weil Gemeinderatsmandate für jene Personen reserviert sind, deren Macht aus anderen Quellen, wie Interessenvertretung, Partei oder einfach Reichtum stammt.⁶³ Ein Gemeinderat gehört zur Elite nicht durch bloße Zugehörigkeit zu diesem Gremium, sondern weil mächtige Interessen ihn in den Gemeinderat delegiert haben.

Diese Studie ist kein Ersatz, den politischen Beitrag von Einzelpersonen, Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Exponenten der Wirtschaft, der Kirche usw. exakt zu gewichten. Wir wissen wenig darüber, was in und zwischen den an der Gestaltung der Gemeindepolitik beteiligten Gremien und Gruppen vor sich geht. Um generelle Aussagen über das Verhältnis von bürgerschaftlicher, verbandlicher und offizieller Initiative in der Einleitung und Durchführung kommunaler Projekte oder bei der Formulierung und Lösung strittiger Sachverhältnisse zu machen, bedarf es detaillierter Fallstudien. Diese Studie kann, indem sie Strukturveränderungen im Gemeinderat gewissermaßen in die historische Dimension hebt, mittelbaren Aufschluß über politischen Einfluß geben.

Die sozialen Daten, die wir zur Analyse der Gemeinderäte herangezogen haben, sind folgende: Alter, Konfessionszugehörigkeit, geographische Herkunft, Schulbildung, zur Zeit des Mandats ausgeübter Beruf und Schichtenzugehörigkeit.⁶⁴